



## Sozialkitt

### Mehrheiten in Amerika und Europa für Islamistenstopp

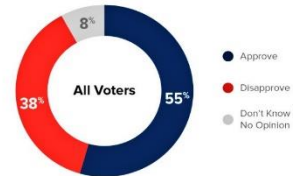
Im nächsten Halbjahr erwarte er den Fall des irakischen **Mosuls** und des syrischen **ar-Raq-qas** – beide Zentren des Islamstaats, **IS** – erklärte Stephen J. Townsend, seit 21. August 2016 Kommandeur der Anti-IS-Koalitionskräfte. So sah der US-General am 8. Februar in Irak ein "Enddatum" in der Sommermitte, wobei er den bevorstehenden Kampf um **West-Mosul** anzeigte. Seit der Offensive vom Oktober erklärt Bagdad Ost-Mosul im Januar für befreit. Bemerkenswert ist, wie widerständig der IS ist, wieviel Einfluss er weiter behält.

Alles geriet komplexer, als es Präsident **Putin** in einem Jahr gelang, sich als Kontrahent in **Syrien** zu etablieren. Auch an ihm hängt es, wie lange IS-Jihadisten im Westen Angriffe ausführen. Daher mag Präsident Trump ein Treff nicht verzögern. Zwar konnten Gerichte die Visa-Order zur Immigration aus sieben Mittelostländern stoppen, aber nicht für lange.

Donald J. Trump mag eine neue Order erlassen oder sich in Gerichten behaupten, was länger dauerte. Laut Zentrum für Immigrationsstudien wurden seit 9/11 580 Personen als Terroristen verurteilt, darunter 380 Ausländer, davon 72 aus jenen "Trump 7" (Somalia 20, Jemen 19, Irak 19, Syrien sieben, Iran vier, Libyen zwei, Sudan einer). Kein Wunder, seine **Order** bejahen 55 Prozent der Wähler. Es gibt gegenläufige Umfragen, je nach Fragestellungen und Erhebungsart. Die Administration kann lernen, dies vorab anzusetzen und einschlägige Kommentare vorzubereiten.

MORNING CONSULT + POLITICO

New Poll:  
**Immigration Ban Is One Of Trump's Most Popular Orders So Far**

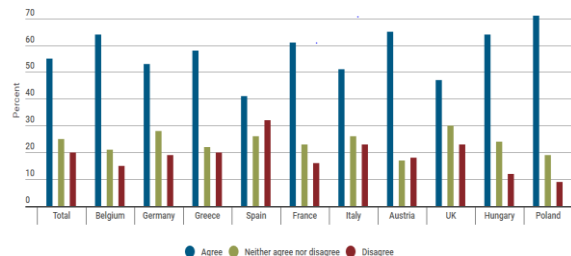


Der Zufall wollte, dass das **Chatham House** auch so eine Umfrage in zehn Staaten Europas realisierte. Das Resultat war ähnlich: Im Schnitt bejahen 55 Prozent, die weitere Migration aus islamischen Staaten zu stoppen. Anders als Amerika, wo Trump es als einen Wählerauftrag hat, steuert oft die Politik auf dem Kontinent dagegen. Wenn von Polen über Deutschland bis Spanien zumeist über die Hälfte der Bürger einen Stopp wünscht, werfen tiefe Konflikte ihre Schatten voraus.

3:1 Europäer für Immigrationsstopp **Tabelle:** Chatham House

'All further migration from mainly Muslim countries should be stopped'

Source: Chatham House, <https://www.chathamhouse.org/2017/02/comment-what-do-europeans-think-about-muslim-immigration>



Amerika und Europa ringen mit gleichen Problemen. Nur die Neue Welt fand ein anderes Muster: eine Administration etabliert sich, die nicht mehr üblichen Karrieremustern folgte. Anders in Europa, wo sich ewig das elitäre Euro-Karussell dreht. Diejenigen, die Misere der Migration verantworten, wechseln nur ihre Machtposition, amtieren viel zu lange und negieren Wünsche einiger Wählermehrheiten. Dies sind doch Sackgassen in Demokratien.

## Drehtüren

Frisches Denken ist auch in Europa fällig, wo Politiker oft nur ihre Sessel tauschen. Sigmar Gabriel wurde Außenminister, der Trump [Vorreiter](#) der autoritären und chauvinistischen Internationalen nannte. Sein Amtsvorgänger Frank-Walter [Steinmeier](#) sah im Kandidaten Trump einen "Hassprediger" – und wies sich offen als [Unterstützer](#) Präsident Obamas aus, womit er nicht die einst besonders dringlich gebotene kritische Distanz bewahren konnte.

Als Euro-Globalistin missfällt Kanzlerin Merkel Trumps Kurs "Amerika zuerst". Gut ist, wenn [Deutsche](#), die ein halbes Jahrhundert je einer Weltmacht folgten und verlernten, ihre ureigene Politik zu entfalten, kritische Ideen vortragen. Doch kommt das spät. Berlin versäumte es im Millennium, eine probate [Mittelost- und Syrienpolitik](#) zu entfalten, versteckte sich oft hinter Brüssel, ließ [Libyen](#) fallen und unterstützte einen argen [Atompakt](#) mit [Iran](#).

All die Jahre fehlte eine hilfreiche Berliner Kritik an Washingtons Mittelostkurs. Obama lud Putin noch in die Region ein, der die Krisen und Flüchtlinge vermehrt hat, obwohl doch Europäer eine viel längere und intensivere Erfahrung mit dem Islamismus und Terror als die Neue Welt haben. Daher war es eigenständig, dass Angela Merkel "Islam und Islamismus" trennte, wie sie es am 2. Februar gegenüber Präsident Erdoğan in Ankara betont hat. Aber zu einer klaren [Agenda](#) des Antiislamismus vermochte sie sich nicht durchzuringen.

Immerhin trennt sie Muslime von Islamisten, übliche Gläubige von Glaubenskriegern. Umgekehrt gestehen nun einstige Administratoren gegenteilige [Sprachregelungen](#) Obamas ein. Ihnen war nur erlaubt, die nebulöse Formel "[gewaltsamer Extremismus](#)" zu benutzen, weil man sonst islamische Partner verstöre, Rekrutierungsmittel biete oder nicht definieren könne, was Islam sei oder nicht. [Muslime](#) selbst haben diese rückständige [Rede](#) widerlegt.

## Sozialkitt

Bundespräsident Steinmeier gab zu seiner Wahl am 12. Februar – Amtsantritt 19. März – eine Denkaufgabe: In stürmischen Zeiten, wo die Welt aus den Fugen zu geraten scheine, komme es auf den Kitt der Gesellschaft an; den Anspruch, Fakt und Lüge zu trennen, an uns selbst stellen; nicht die Realitäten zu leugnen, sondern sie zu verbessern. Rückfrage: hat Merkels [Öffnungskurs](#), als er Außenminister war, dies und jenen "Sozialkitt" gestärkt?

Realität? Trotz [Integrationsgesetz](#) sind Mehrheiten Deutschlands dafür, keine Islamisten hereinzulassen – Muslime schon – und bessere [Sicherheiten](#) zu entwickeln. Berlin negiert dies, Kanzlerin [Merkel](#) sagte Ankara zu, der [Türkei](#) monatlich 500 Migranten abzunehmen. Sie verfolgt offenbar das Gegenteil von dem, was nun ihre Bürger mehrheitlich wünschen.

Noch immer fehlt ein [Einwanderungsgesetz](#), das Oberlimits festlegt und den Missbrauch des [Asylrechts](#) verwehrt. Zwar will Merkel seit 9. Februar Abschiebungen beschleunigen, jedoch wurden sie im Schnitt nur bei zehn Prozent getan, die ihre Wege finden, sich erneut anzumelden. Die Sicherheitsprobleme sind unübersehbar – und keineswegs effektiv gelöst.

Am 16. März tagt der dritte Demografie-Gipfel. [Publikationen](#) deuten eine Zuwanderung von 300.000 pro Jahr an, um die Bevölkerung bis 2060 über 80 Millionen zu erhalten. Geht [Berlin](#) derart fragwürdig voran, droht der Preis eine Islamisierung Deutschlands zu sein. Wähler ermitteln, ob jener Sozialkitt noch hält oder, wie die erwähnten Umfragen zeigen, eine alternative Bevölkerungspolitik und Regierung nötig wären. [Wolfgang G. Schwanitz](#)